



Öffentlich

Böblingen, 9. November 2015

Stellungnahme zum Haushalt 2016 des Landkreises Böblingen

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse,
liebe Gäste!

Dank der hervorragenden wirtschaftlichen Situation dieser Region können wir im Landkreis wieder einen Haushalt verabschieden, der uns Dinge ermöglicht, an die andernorts nicht zu denken ist. Hierzu gehören der weitere Ausbau des ÖPNV, der bevorstehende Klinikneubau und nicht unerhebliche Investitionen in die Bestandskrankenhäuser des Klinikverbundes Südwest, Investitionen in Bildung, in Straßen- und Radwegeinfrastruktur und Anderes.

Zudem nimmt der Landkreis Böblingen im Bereich der Förderungen durch das Land Baden-Württemberg einen Spitzenplatz ein. Sei es im **Bereich des ÖPNV** - mit der 75%-Förderung beim Ausbau und der

Elektrifizierung der Schönbuchbahn - oder kreisübergreifend mit der Einführung der Regionalbusverbindung zwischen Calw und Weil der Stadt. Weiterhin wird der Landkreis erheblich von einer Realisierung der Hermann-Hesse-Bahn profitieren.

Im Bereich des Straßenbaus, mit der Durchfinanzierung der Nordumfahrung Darmsheim, mit dem Durchbruch bei der Realisierung des Anschlusses der B464 bei Holzgerlingen/Altdorf, nicht zuletzt dank einer entsprechenden Priorisierung der Bundesstraßenmaßnahmen im Landesverkehrsministerium. Vergleichbares gilt für die zielorientierte Vorgehensweise für den Ausbau und Deckel bei der A81 im Bereich Böblingen/Sindelfingen, bei der das Land bei der Planung in Vorleistung gegangen ist.

Die wichtigste Fördermaßnahme mit Signalwirkung ist sicherlich die **Bewilligung der Planungsrate zur Umsetzung des kreisübergreifenden Medizinkonzeptes**.

Diese Ausgangssituation ermöglicht uns eine relativ entspannte Diskussion über die für den Kreishaushalt notwendige Höhe der Umlage. Bei der Festlegung des notwendigen Hebesatzes für den Haushalt 2016 geht es entscheidend darum, wie man die von Ihnen, Herr Bernhard, bei der Haushaltseinbringung **benannten Chancen und Risiken bewertet**. Aus unserer Sicht haben Sie sich gegenüber den Vorjahren sehr stark dafür eingesetzt an die Grenzen der für die Verwaltung verantwortbaren Zahlen zu gehen.

Bei Ihrer Haushaltseinbringung war aber die sogenannte Spitzabrechnung für die anfallenden Kosten bei der vorläufigen Unterbringung der Flüchtlinge noch nicht endgültig ausverhandelt. Daher hatten Sie zu diesem Zeitpunkt berechtigterweise noch einen höheren Risikopuffer für diesen Bereich mit einbezogen. Weiterhin beinhaltet der Haushalt aus

unserer Sicht noch einen gewissen Spielraum. Dies begründet sich im Bereich der Liquidität und der Rückstellungen, sowie in der hohen Wahrscheinlichkeit einer Steigerung der Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer.

Speziell auf Basis der Risikoentlastung des Landkreishaushaltes durch die **zugesagte nachlaufende Spitzabrechnung der grün-roten Landesregierung** befürwortet ein Großteil unserer Fraktion eine **Absenkung des Hebesatzes auf 37,0 %** zur höheren Entlastung der Gemeindehaushalte.

Wir sollten all unsere Fantasie und Kraft darauf verwenden, diese komfortable Situation in und für unsere Region zu erhalten. Dies wird uns aber in einer Welt der Globalisierung nicht gelingen, wenn wir uns nur mit uns beschäftigen.

Es ist notwendig bei einer immer weiter fortschreitenden Digitalisierung unserer Welt, unsere Wirtschaftskraft zu erhalten. Deshalb setzen wir für den Landkreis auf die **Umsetzung der „Breitband-Offensive 4.0 – Schnelles Internet für Baden-Württemberg“** des zuständigen Ministeriums.

Wir dürfen bei all unserer Abhängigkeit im Landkreis von großen Unternehmen nicht vergessen unser Handwerk zu stärken. Hierzu gehört für uns auch zukünftig als wichtiger Eckpfeiler **die duale Ausbildung**.

Führende Wirtschaftsvertreter beklagen auf der einen Seite den Fachkräftemangel und betonen auf der anderen Seite die möglichen Potentiale durch die zu uns kommenden Menschen. Auch Daimler-

Personalvorstand Wilfried Porth sagte dies deutlich und kündigte Brückenpraktika seines Unternehmens an.

80% der von der IHK befragten Firmen der Region Stuttgart geben an, dass Sie bereit sind Flüchtlinge zu beschäftigen. Um deren Chancen zu erhöhen und die Bedürfnisse des Handwerks und der Industrie möglichst schnell zu erfüllen, **beantragen** wir die Anhebung der Altersgrenze an den Kreisberufsschulen von 21 auf 25 Jahre.

Das Thema Flüchtlinge bewegt uns dieses Jahr zentral.

Wir können gemeinsam stolz darauf sein, wie wir bisher in unserem Land, Bundesland und speziell hier in unserem Landkreis mit dieser großen Herausforderung umgegangen sind. Dass dies leider nicht selbstverständlich ist, sieht man an vielen Nachbarländern.

Das Thema Flüchtlinge ist eine humanitäre und gesellschaftliche Aufgabe. Für uns Demokraten sollte das kein Wahlkampfthema sein.

Dass wir uns mit den Herausforderungen, nicht nur der Unterbringung, vorbildlich auseinandersetzen, zeigt auch die professionelle Umsetzung der Landkreisverwaltung der **letztjährigen Anträge von SPD und Grünen** zum Thema Zusammenarbeit und Vernetzung von Amt und Ehrenamt. Vielen Dank für diese **hervorragende Zusatzleistung!** Wir **beantragen** auf dieser Basis eine jährliche Veranstaltung zur Würdigung des Einsatzes aller Beteiligten, im Speziellen den der Ehrenamtlichen.

Das Land baut konsequent die Erstaufnahmestellen aus und ist hier bundesweit Spitzenreiter, hierbei ist auch ein LEA- Standort in Herren-

berg geplant. Der Landkreis Böblingen zeigt sich hier solidarisch um dabei zu helfen große Brennpunktzentren zu vermeiden. Unser aller Wunsch ist, dass wir uns mit der Landesregierung auf eine für Herrenberg verträgliche Größe einigen können.

Ich verzichte hier bewusst auf eine tiefergehende Erörterung dieses Themas. Wir haben hier gemeinsam die notwendigen Aktivitäten im Blick. Die Landratsamtsspitze und unsere Gremien gehen sehr sensibel und verantwortungsvoll mit den Herausforderungen um. Es werden so unbürokratisch wie möglich die notwendigen Mittel bereitgestellt.

Wir bedanken uns nochmals herzlich bei allen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihren enorm großen Einsatz. Sie machen alle hervorragende Arbeit, wir wünschen Ihnen weiterhin die notwendige Kraft, dass sie dies so durchhalten.

Die Grüne Kreistagsfraktion wird auch in der nächsten Legislaturperiode ihre Schwerpunkte weiterhin auf **soziale Gerechtigkeit, Bildung**, sowie auf **Umwelt- und Klimaschutz** legen.

Im Lichte der steigenden Zuweisungen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern sind wir froh darüber, dass wir **kompetente freie Träger** haben, die bereit sind sich dieser verantwortungsvollen Herausforderung zu stellen. Es ist nicht hoch genug zu würdigen, dass es im Landkreis eine **steigende Anzahl von Familien** gibt, die bereit sind diese Jugendlichen aufzunehmen.

Im Bereich Kinder- und Jugendhilfe wollen wir Grünen auch im Haushaltsjahr 2016 unser kreispolitisches Handeln kritisch begleiten. Wir begrüßen den Vorschlag der Verwaltung, die wichtige Aufgabe „Frühe Hil-

fe“ aufzustocken und die Arbeit der Familienhebamme und Familienhelferin auf eine verbesserte Basis zu stellen.

Um Folgekosten einzuschränken, ist eine frühe, beratende und begleitende Hilfe am Anfang des Lebens notwendig. Den Regionalteams „Familie am Start“ danken wir für die sehr gute Arbeit.

Bei den individuellen Hilfen für Kinder und junge Menschen suchen wir nach Lösungen. Oft reichen kleine und kurze Maßnahmen zum Wohl des Kindes aus, damit „kein Kind verloren geht“. Die gute Zusammenarbeit mit den Freien Trägern der Jugendhilfe ist hier eine Grundvoraussetzung, wir erhalten hier wertvolle und professionelle Unterstützung aus der Praxis.

Bei der uns vom Bund auferlegten Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es nicht akzeptabel - dass der Bund bis 2018 trotz eigener Nullverschuldung - einen erheblichen Teil der Kosten weiterhin nicht vergütet.

Behutsam und konsequent zu mehr Inklusion an den Schulen.

Die Sonderschulpflicht ist seit August abgeschafft und Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen ins Schulgesetz aufgenommen. Die Sonderschulen werden zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren weiterentwickelt, die sich auch für Kinder ohne Behinderungen öffnen. Bei einer guten Vernetzung der Konzepte sind wir überzeugt, dass beide Formen weiterhin ihre Berechtigung haben werden. Das Land hat die Grundlagen für die Erstattung der Kosten geschaffen, jetzt kommt es auf eine gute Umsetzung an.

Trotz des Drucks am Wohnungsmarkt dürfen wir uns nicht dazu verleiten lassen für die Zukunft Fehler zu machen, die uns teuer zu stehen kom-

men. Es ist und bleibt wichtig neben den Investitionskosten auch die Folgekosten adäquat mit zu berücksichtigen.

Bei all den vielfältigen Herausforderungen dürfen wir nicht vergessen **unser beschlossenes Klimaschutzkonzept umzusetzen**. Bei Neubauten ist dies deutlich einfacher und kostengünstiger realisierbar als bei einer Sanierung im Altbau. Hierauf werden wir auch weiterhin unser Augenmerk legen.

Wir haben es gemeinsam in den letzten Jahren versäumt **genügend sozial geförderten Wohnraum zu schaffen**. Dies müssen wir nachholen! Hierzu benötigen wir neue Wege, gute Ideen und einen starken Willen. Bund und Land legen gerade entsprechende Förderprogramme auf, die auf kommunaler Ebene möglichst schnell entsprechend umgesetzt werden müssen. Wir **beantragen**, dass der Landkreis 2016 und in Folge im fünfjährigen Abstand einen Kreis-Wohnungsmarktbericht erstellt. Ein Wohnungsmarktbericht, der analog dem Kreispflegeplan alle fünf Jahre aufgestellt wird, kann den Kommunen, den Wohnungsbaugesellschaften und sonstigen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt eine Entscheidungsgrundlage für ihr Handeln bieten.

Mit der **Bewilligung der Planungsrate** hat unsere Medizinkonzeption die erhoffte Anerkennung beim Sozialministerium gefunden, somit können wir die hier gesteckten Ziele weiterverfolgen. Wir können nun all unsere Kraft einsetzen, um mit einer professionellen Aufstellung und Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen auch **die zur Finanzierung notwendigen Förderraten** zu erhalten. Dies muss in enger Abstimmung mit dem Sozialministerium erfolgen.

Den für die geplante Flugfeldklinik angestrebten städtebaulichen Ideenwettbewerb / Planerauswahlverfahren in einem zweistufigen Verfahren -

heutiger Tagesordnungspunkt 2 - unterstützen wir. Wichtig ist es uns hier, dass bei den unabdingbaren Vorgaben für die Planer, außer der Vorgabe eines optimalen Funktionsprogramms zur Erzielung von möglichst geringen laufenden Kosten, auch die vom **Standort abhängigen Lärm und Emissionsbedingungen** berücksichtigt werden. Dies vermeidet teure Planungsänderungen.

Dem neu eingestellten Projektgeschäftsführer für den Neubau Flugfeldklinikum Herrn Schäfer wünschen wir eine glückliche Hand bei der Projektvorbereitung und nach erfolgter Entscheidung bei der späteren Projektumsetzung.

Parallel zur Planung des Neubaus müssen an allen Klinikstandorten Sanierungen und Umbauten in erheblichem Maße gestemmt und finanziert werden. Dabei liegen die **Gesamtinvestitionen** allein für die Standorte im Kreis Böblingen bei **mehr als 530 Mio. €** (siehe Pressemitteilung Nr. 15pm219/N5.1 vom 29.07.2015). Entsprechend wichtig ist es möglichst hohe Förderraten zu erzielen. Bei der Bewertung von möglichen Varianten dürfen nicht nur die Investitionskosten, sondern es müssen auch die zukünftigen laufenden Kosten berücksichtigt werden. Hierzu gehören betriebliche Verbesserungen genauso wie entsprechende energetische Maßnahmen. Denn für den wirtschaftlichen Betrieb von Krankenhäusern sind letztendlich deren Betriebskosten (sie beinhalten auch die Abschreibungskosten) entscheidend.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sowie der Klinikverbundgeschäftsführung für deren unermüdlichen Einsatz Synergien zu finden. Die zeitnahe Realisierung umsetzbarer Bestandteile der beschlossenen Medizinkonzeption, zum Beispiel die Bildung von standort-

übergreifenden Fachzentren und Fachabteilungen, führt heute schon zu deutlichen Verbesserungen der Ergebnisse.

Die Idee einer gewünschten Qualitätssteigerung des auf Bundesebene neu geplanten Krankenhausstrukturgesetzes wäre ja prinzipiell in Ordnung.

Hierzu müsste jedoch aus unserer Sicht dringend wieder dafür gesorgt werden, dass in den Krankenhäusern in ausreichender Zahl qualifiziertes Personal zur Verfügung gestellt werden kann. Um dieses Personal überhaupt zu bekommen, muss endlich eine angemessene Bezahlung, speziell auch im Bereich der Pflege umgesetzt werden (bei guter Konjunkturlage Abwanderung der Arbeitskräfte zur Industrie).

Beides würde sicherlich dazu beitragen, dass die gewünschte Qualitätssicherung erreicht werden kann. Wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung der Betriebskostenfinanzierung für die Krankenhäuser, die sich an den gesellschaftspolitischen Veränderungen orientiert, Personalkosten sauber abbildet und die Schaffung neuer Versorgungsformen ermöglicht. Wir hätten von Bundesgesundheitsminister Gröhe deshalb erwartet, dass jetzt **nach zehn Jahren das Fallpauschalensystem auf den Prüfstand gestellt** wird. Es muss eine Evaluation der DRGs erfolgen, die die Schwächen des Systems offen legt und eine Neujustierung möglich macht. Um die Situation der Pflege im Krankenhaus langfristig zu verbessern, benötigen wir ein eigenes Kostengewicht für die Pflege im DRG-System.

Die grün-rote Landesregierung hat seit der Regierungsübernahme im Jahr 2011 die Investitionen in die Krankenhäuser um **mehr als 30 Prozent** erhöht. Keine Landesregierung in Baden-Württemberg hat es zuvor

geschafft, so viel Geld für die Investitionsförderung zur Verfügung zu stellen. **Für die Jahre 2015 und 2016 sind das insgesamt fast 900 Mio. €**

Der bestehende Verkehrsinfarkt in unserer Wirtschaftsregion lehrt uns, nicht auf einseitige Lösungen zu schielen, sondern differenzierte Angebote der Mobilität anzubieten. Dies machen wir zum Einen durch einen entsprechenden Ausbau des Angebotes im ÖPNV - siehe S60 und Ausbau Schönbuchbahn - jedoch auch mit entsprechenden Ertüchtigungen des bestehenden Straßenprogramms. Ein Beispiel hierfür ist der Ausbau der A81 mit Deckel im Bereich Böblingen/Sindelfingen.

Als weiteren Baustein haben wir im Dezember 2014 im Kreistag eine **Radverkehrskonzeption** beschlossen. Unser zeitlicher Vorsprung gegenüber anderen Landkreisen ermöglicht uns hier hohe Chancen der Bewilligung eines Förderbescheides für die von uns eingereichten Maßnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen lassen sie uns hier unseren Vorsprung bei der Erstellung einer Radverkehrskonzeption für eine zügige, kostengünstige Umsetzung der Infrastrukturverbesserungen nutzen, unsere Bürgerinnen und Bürger werden es uns danken.

Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, Ersatzmaßnahmen zur Genehmigung einer Förderung vorzubereiten, damit bei unvorhersehbaren Problemen einzelner Maßnahmen andere Maßnahmen im Rahmen der im Haushalt freigegebenen Mittel nachrücken können.

Im Zuge der Einführung der kommunalen Doppik hat die Kreisverwaltung den Haushalt schrittweise weiterentwickelt und Produkte und Schlüsselpositionen entwickelt. Der Haushalt 2016 enthält erstmals Schlüsselpro-

dukte und Kennzahlen. Damit ergibt sich eine immer größere Transparenz, Zusammenhänge können besser aufgezeigt und Kosten besser gesteuert werden. Vielen Dank hierfür.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, bei Ihnen, Herrn Hinck, und bei all' den Damen und Herren der Kreisverwaltung für die stets freundliche und offene Zusammenarbeit.
Und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Mundle', written in a cursive style.

Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender